

Zivilgesellschaft zwischen Lückenbüßer und Utopie

Progressive Perspektiven auf Partizipation in der Raumplanung

Simon Dudek

1. Einleitung

Ein grundlegender Pessimismus durchzieht das Werk des Kultur- und Sozialtheoretikers Mark Fisher. In seinem wohl bekanntesten Werk, *Capitalist Realism* (2009), argumentiert Fisher, dass die Logik des Spätkapitalismus in unserer Gesellschaft so tief verwurzelt ist, dass sie als die einzige Realität wahrgenommen wird und alternative politische oder wirtschaftliche Zukunftsszenarien als undenkbar erscheinen. Dieser vordergründigen Aporie zum Trotz widmete er sich in seinem Spätwerk der Frage, wie diese Alternativlosigkeit in Frage gestellt und letztlich überwunden werden kann. Fishers wenige erhaltene Fragmente (Fisher 2020a, 2020b) folgen, neben Überlegungen zur Ästhetik der Utopie, der Fragestellung, wie die Errungenschaften der Neuen Sozialen Bewegungen in die neoliberale Metamorphose des Kapitalismus inkorporiert werden konnten und welches Potenzial diese dennoch für emanzipative Politiken bereithalten. Das *Postcapitalist Desire*, so der Titel der posthum veröffentlichten Mitschriften aus Fishers (2020a) letzter Lehrveranstaltung, gewinnt, nicht zuletzt angesichts der multiplen Krise (vgl. Demirović 2013) – der Gleichzeitigkeit von ökonomischer, ökologischer und politischer Krise in der Gegenwart – an Relevanz.

Der vorliegende Beitrag nimmt diese Sehnsucht nach alternativen Entwicklungspfaden zum Anlass, um über eine »Entwurfs-Utopie«, also einen grundrisshaften Entwurf (vgl. Neupert-Doppler 2019: 26), für die Planung nachzudenken. Konkret stellt er dabei die Frage nach alternativen Perspektiven auf die Ausgestaltung öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge, deren zu Grunde liegende Infrastrukturen durch die Raumplanung festgelegt werden. Ziel ist es dabei, anhand einer ideengeschichtlichen Suchbewegung zur Planungspolitik im 20. Jahrhundert zu einer »radikalen Rekombination prä-existierender Elemente, die durch eine neue Verbindung eine neue Essenz erhalten« (Adamczak 2018: 102) zu kommen.

Ein besonderes Augenmerk legt der Beitrag in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Zivilgesellschaft in Relation zu staatlicher Planung. Das Spannungsverhältnis von Staat und Zivilgesellschaft soll hier vertieft dargestellt und deren jeweiliges Potenzial für

eine emanzipative Planungspolitik ausgelotet werden. Hierzu stellt der Beitrag zunächst die Umstände der Planungseuphorie in der Nachkriegszeit dar, führt die Kritik des westlichen Marxismus und darauf aufbauend der Neuen Sozialen Bewegungen an den inhärenten hierarchischen Strukturen an und zeigt auf, wie neoliberale Politikkonzepte diese Punkte antizipieren konnten und welche Auswirkungen das auf die Restrukturierung öffentlicher Leistungen in der Raumplanung hatte. Aus dieser historischen Übersicht lässt sich die Utopie starker staatlicher Regulation mit einem hohen Partizipationsgrad für die Raumplanung ableiten. Anhand des Konzepts des radikalen Reformismus als prozessualer Perspektive für eine Planung stellt der Beitrag in der Synthese erste Überlegungen für ein neues Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in der Planung an.

2. Planungseuphorie und Planungskritik Die goldenen Jahre des Kapitalismus

Das Ende des Zweiten Weltkriegs, die Wiederaufbaumaßnahmen anhand des Marshall-Plans in Westeuropa und die Auswirkungen staatlicher Investitionen im Zuge des New Deals in den USA führten zu einer Phase starken wirtschaftlichen Wachstums und einem Anstieg des Wohlstandsniveaus in größeren Teilen der Bevölkerung im Globalen Norden. Dieser Zeitraum wird aufgrund des – sicherlich auch durch den Systemkonflikt bedingten – Ausbaus des Wohlfahrtsstaats, der Ausweitung von Arbeitnehmer*innenrechten und einer Regulierung der Märkte durch eine staatliche Interventionspolitik als »Goldenes Zeitalter« des Kapitalismus (vgl. Hobsbawm 1995) bezeichnet. Die Jahre zwischen 1945 und 1975 waren maßgeblich durch keynesianische Vorstellungen der Wirtschaftsregulation geprägt (vgl. Jessop 2000). Damit einher gingen Interventionen, um Märkte zu regulieren und Bürger*innen sozialen Schutz zu bieten. Zentrale Kennzeichen staatlicher Sozialpolitik waren hohe öffentliche Ausgaben, die, neben steigender Produktivität und steigenden Löhnen, Massenkonsum ermöglichten sowie eine umfassende Wohlfahrtspolitik, wobei sowohl wirtschaftliche als auch soziale Maßnahmen auf den nationalstaatlichen Rahmen bezogen waren. Der Staat fungierte dabei auch als »Korrektiv der Marktkräfte« mit dem Ziel, sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch soziale Integration zu fördern (Jessop 2016: 178).

Analog zeichnete sich in den westlichen Staaten die Raumplanung dieser Zeit durch eine zentralisierte und einheitliche Organisation staatlichen Territoriums aus. Der Staat wirkte durch Transferleistungen und den Ausbau der Infrastruktur darauf hin, einen Ausgleich zwischen expandierenden Stadtregionen und schwächer entwickelten ländlichen sowie peripheren Regionen herzustellen. Dies geschah strukturell durch regulative Kompetenzen des Staates, die sich in einer flächendeckenden sozialen Infrastruktur widerspiegeln, die als räumliche Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaatsprinzips verstanden werden kann. Dieser räumliche Keynesianismus (vgl. Brenner 2004: 114ff., kritisch: Mießner 2017: 66ff.) steht pars pro toto für die Planungseuphorie jener Jahre, in denen der feste Glaube bestand, dass durch umfassende Planung und Intervention alle sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Probleme gelöst werden können. In der Raumplanung schlug sich dies in einem Vertrauen in die Effektivität von Expertenwis-

sen und technokratischen Ansätzen und einem damit verbundenen direktionistischen Top-Down-Planungsverständnis nieder.

Sinnbildlich dafür steht etwa das Leitbild der autogerechten Stadt, einem funktionalistischen Ansatz, nach dem die Stadtplanungsdezernate anhand klarer Kennzahlen einen weitgehend flüssigen Verkehrsfluss gewähren sollten, damit die Bevölkerung möglichst reibungslos ihre Bedürfnisse des fordistischen Massenkonsums befriedigen kann. Dem lag jedoch ein limitiertes Gesellschaftsbild zu Grunde, das u.a. ärmere, weibliche und nicht-motorisierte Bevölkerungsschichten ignorierte und historische städtebauliche Strukturen – sofern sie den Krieg überstanden – zerstörte.

Die Kritik am Steuerungsanspruch des Staates und der hegemonialen Planungseuphorie wurde von emanzipativer Seite insbesondere im Kontext der sogenannten 68er-Bewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen laut. Diese beklagten den oktroyierenden Charakter einer Top-Down organisierten Planung, die zu oft an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht oder aber zumindest gesellschaftlich marginalisierte Gruppen nicht in ihre Überlegungen mit einbezieht. Einen übergeordneten gesellschaftstheoretischen Rahmen für ihre Kritik fanden die progressiven Bewegungen dieser Zeit im westlichen Marxismus (vgl. Elbe 2008, Belina 2022). Für die Arbeiten dieser Denkströmung stellte die Bürokratiekritik ein verbindendes Element dar, deren grundlegende Skepsis gegenüber staatlichem Direktionismus sich aus der Kritik totalitärer Systementwürfe im 20. Jahrhunderts ableitet (vgl. Hülst 1998: 123).

Horkheimer/Adorno prägen dafür den Begriff der »verwalteten Welt« (2009 [1969]: x), die sie in der Verbindung der »Interessen der Großkonzerne mit den staatlichen Planungs- und Steuerungsansprüchen zur heute dominanten Form der gesellschaftsumspannenden technischeren Rationalität« (vgl. Hülst 1998: 124) erkannten. Planung ist somit Ausdruck »instrumenteller Vernunft« (vgl. Horkheimer 1967) und neigt dazu, die Menschen zu objektivieren und ihre Individualität und Vielfalt zugunsten von Standardisierung und Homogenisierung anhand eines bürokratischen Apparats zu unterdrücken. Eine Fluchtlinie erkennt Adorno (1966: 15) im »Nichtidentischen«, einer ästhetischen Identität, die sich nicht der Zweck-Mittel-Rationalität unterwirft. So antizipiert etwa künstlerische Aktivität die »Chance einer herrschaftsfreien Annäherung an Wirklichkeit, ohne dieser Gewalt anzutun« (vgl. Hülst 1998: 125).

Ähnliche Überlegungen – sowohl eine grundlegende Skepsis gegenüber überbordenden staatlichen Befugnissen als auch die Idee der Ästhetik als Widerstandsmoment – stellt auch Henri Lefebvre, ein weiterer Vertreter des westlichen Marxismus, an. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist das Scheitern der russischen Revolution, die er im realexistierenden Sozialismus erkennt. Die Abwendung vom Parteimarxismus begründet Lefebvre auch zeitdiagnostisch: Der Erfolg der kubanischen Revolution ohne eine organisierte Parteistruktur hatte für Lefebvre eine hohe Signalwirkung für eine undogmatische politische Linke. Die Guerilla-Taktik der Situationistischen Internationale kam dieser Idee am nächsten und damit Elemente der Spontanität und der Poesie, die im starken Widerspruch sowohl zur Planwirtschaft des Staatssozialismus als auch zur Verwaltung des bürgerlichen Staats, deren Aufgabe die Ertüchtigung und Wahrung der Wachstumsstruktur war (vgl. Ross 2023: 16), stand.

Insbesondere in der Stadt- und Raumplanung sah er dabei ein repressives Instrument herrschender Machtstrukturen zur Ausübung sozialer Kontrolle. Das wird auch in

seiner Raumtheorie deutlich, in der sich die Repräsentationen des Raums (das Ergebnis von technokratischen Planungsprozessen) und die Räume der Repräsentation antagonistisch gegenüberstehen. Entsprechend kritisiert er die Vorstellung einer objektiven, neutralen Planung, die im öffentlichen Interesse handelt, und argumentierte stattdessen für die Kreativität als emanzipatives Pendant und ein »Recht auf Stadt« der Bevölkerung, mit dem er die Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger*innen in Planungsprozessen betont. In Konsequenz muss Raumplanung auf demokratischer Teilhabe basieren und die Bedürfnisse und Rechte aller Menschen berücksichtigen.

Die Student*innenbewegung 1968 und die daraus hervorgehenden Neuen Sozialen Bewegungen griffen diese Kritik auf und wendeten sich gegen den Zeitgeist der Planungseuphorie. Als Bürgerinitiativen kritisierten sie die herrschende Planungspolitik, thematisierten Probleme wie Luftverschmutzung und Verkehrslärm (vgl. Mende 2018: 202) und – auf einer abstrakteren Ebene – den oktroyierenden Charakter staatlicher Planungen, was sich in einem »Unbehagen gegenüber der planerischen Moderne« (ebd.: 203) äußerte.

Diese veränderte Wahrnehmung findet sich in ganz ähnlicher Form als *Künstlerkritik* bei Boltanski und Chiapello (2002) wieder, die den Neuen Sozialen Bewegungen eine bedeutende Rolle bei der Entstehung eines *neuen Geistes des Kapitalismus* zuschreiben. Ausgangspunkt ist eine Analyse der Kapitalismuskritik im Anschluss an die Student*innenbewegung, in der die Autor*innen zwei distinkte Formen der Kritik ausmachen: Die Sozialkritik ist näher an der traditionellen Arbeiterbewegung orientiert und adressiert in erster Linie Verteilungsfragen, während die Künstlerkritik die »Unterdrückung der Autonomie und den Authentizitätsverlust des Individuums« (Münnich 2021: 433) im Spätkapitalismus beklagte. Der Kapitalismus, so das Argument von Boltanski und Chiapello, konnte sich erneuern, indem er diese Punkte antizipierte und in seine Logik integrierte. Durch die Adaption von Ideen (Selbstverwirklichung, Kreativität und Authentizität) und Praktiken (insb. die Selbstverwaltung) der Neuen Sozialen Bewegungen wurden innovative Konzepte in die Planung und auf diesem Umweg (vgl. Boltanski/Chiapello 2002: 251f.) auch in den Managementetagen etabliert.

Der neue Geist des Kapitalismus beschreibt eine Reihe von kulturellen Veränderungen, die sich in der Arbeitswelt und in den Unternehmensstrukturen vollzogen haben. Ähnlich wie Hardt/Negri (2000) argumentieren Boltanski/Chiapello (2002: 213ff.) dabei, dass diese Neuerfindung des Kapitalismus maßgeblich durch die Studierendenproteste von 1968 und dem damit einhergehenden Wertewandel erfolgte. Zugleich fiel dieser Kulturwandel zusammen mit makroökonomischen Entwicklungen (der Krise des Fordismus, der zunehmenden Globalisierung und Finanzialisierung der Weltwirtschaft) und begünstigte so den Erfolg des Neoliberalismus als politischem Projekt ab den 1980er-Jahren.

3. Repräsentation und Wettbewerb

Raumentwicklung im neoliberalen Staatsverständnis

Der Aufstieg des Neoliberalismus war eng mit den neoklassischen Wirtschaftstheorien der Chicago School of Economics, dem Glauben an die Effizienz freier Märkte, an die

Stärkung individueller Freiheit und die Betonung der Verantwortung des Einzelnen für seinen eigenen Erfolg verbunden. Das Selbstverständnis des Staates (zumindest in Nordamerika und Westeuropa) erfuhr dadurch einen grundlegenden Wandel, der sich in zwei Etappen vollzog (vgl. Peck/Tickell 2002): Die roll-back-Phase der 1980er-Jahre war geprägt durch die Regierungszeiten von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA. In dieser Phase lag der Fokus auf der Deregulierung des Marktes, der Privatisierung staatlicher Unternehmen und der Reduzierung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Thatcher und Reagan verfolgten eine Politik der Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende, während sie gleichzeitig Sozialausgaben kürzten und gewerkschaftliche Macht einschränkten. Die roll-out-Phase des Neoliberalismus in den 1990er-Jahren wiederum ging einher mit dem politischen Erfolg von *Third Way*-Parteien in Europa und den USA. In dieser Phase wurde der Fokus auf die Modernisierung des Staates gelegt, indem staatliche Institutionen effizienter und unternehmerischer gestaltet wurden. Die Politik konzentrierte sich auf die Förderung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und des Unternehmertums sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Im Zuge dieser zunehmenden Wettbewerbsorientierung des Staates rückte aus räumlicher Perspektive die lokale und regionale Ebene zunehmend in den Fokus der Planungspolitik (vgl. Brenner 2004: 172ff.). An die Stelle einer Raumordnungspolitik, die durch staatliche Interventionen und Transferzahlungen auf räumlichen Ausgleich hinwirkte, wurde nun die Stärkung von Wachstumspolen zu einem gängigen Leitbild in der Raumentwicklung. Damit einher gingen neue Ansätze im Planungsdiskurs: neben die herkömmlichen Planungskonzepte übergeordneter Ebenen traten in dieser Zeit zunehmend Governance-Strukturen, die den politischen Prozess mehr als bisher für Vertreter*innen der Zivilgesellschaft öffneten. Hinzu kam das Aufkommen eines offenen Regionsbegriffes, mit dem sich die Raumplanung von der territorialen Logik administrativer Ebenen im Staatsaufbau löste und die regionale Kooperation am Prinzip der Freiwilligkeit ausrichtete. Beides deckt sich mit Forderungen Neuer Sozialer Bewegungen, dass an die Stelle des übergreifenden (und in der Wahrnehmung oftmals übergriffigen) Staates basisdemokratische, genossenschaftliche und selbstverwaltende Organisationsformen treten sollten. Diese Kritik am »Normalitätsmuster des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates« (van Dyk/Haubner 2021: 46) schlug sich in einer wachsenden »Reformbewegung für mehr Bürgernähe in der Kommunalpolitik« (ebd.: 97) und damit einhergehend in einem Paradigmenwechsel von der exogenen hin zu endogenen Raumplanung nieder. An die Stelle staatlich oktroyierter Raumordnungs- und -entwicklungspläne traten nun lokale und regionale Governance-Strukturen, aus denen heraus passgenaue Raumentwicklungsstrategien erarbeitet werden. Diese bottom-up-Ansätze in der Raumplanung ließen sich gut mit dem herrschenden neoliberalen Zeitgeist der schlanken Lösungen, reduzierten staatlichen Kompetenzen und einer aktivierenden Grundausrichtung vereinen (vgl. Hesse/Leick 2013). Brenner/Theodore (2002) bezeichnen diese Entwicklung als *neoliberal localization*. Eine Stoßrichtung dieser Restrukturierung war die Delegation von Aufgaben, Lasten und Zuständigkeiten auf Kommunen mit gleichzeitiger Schaffung von Anreizstrukturen zur Belohnung von lokalem Unternehmertum und zur Förderung endogene Entwicklung (ebd.: 369). Das *Starve the Beast*-Mantra neoliberalen Politikverständnisses, dem zufolge der Rückbau

staatlicher Strukturen ein indirektes Ziel unternehmensfreundlicher Wirtschaftspolitik ist, führte so zu einem Abbau koordinierender Planungsansprüche zentraler staatlicher Instanzen zu Gunsten lokaler, projektbasierter Ansätze und damit einhergehend eine zunehmende Integration von Freiwilligenarbeit in Bereiche der Daseinsvorsorge.

Die Idee der Responsibilisierung der Zivilgesellschaft, um ausufernde staatliche Befugnisse zurückzudrängen, ist nicht neu: Felsch (2022) zitiert den liberalen preußischen Staatswissenschaftler Robert von Mohl, der in seiner Kritik der »Bureaukratie« eine stärkere Dezentralisierung der Verwaltung und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen als Gegenmittel empfahl.

Van Dyk/Haubner (2021) bezeichnen die Tendenz, dass unbezahlte Tätigkeiten abseits der Familie zunehmend als gesellschaftliche Produktionsressource erschlossen werden als Community-Kapitalismus. Sie begreifen diese neuen gemeinschaftsbasierten Ansätze, also die Erbringung von Leistungen durch die Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 25), dabei als Ergebnis wohlfahrtsstaatlicher Restrukturierungen und der damit einhergehenden Neubewertung von Freiwilligenarbeit, die als neue Technik des Regierens (vgl. Rose 1996) in zunehmendem Maße die staatliche Erbringung sozialer Leistungen kompensiert. Anders formuliert wird die Gemeinschaft zunehmend als Reservoir begriffen, mit deren Arbeitskraft strukturelle Unterversorgungen in der Daseinsvorsorge ausgeglichen werden können.

Welche Bedeutung dieser Ressource der Freiwilligenarbeit staatlicherseits zukommt, zeigt etwa die Begründung des Ehrenamtsstärkungsgesetzes von 2013: »in Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung, denn die öffentliche Hand wird sich wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren müssen« (van Dyk/Haubner 2021: 46). Die Haushaltskonsolidierung geht somit mit einem Rückbau öffentlicher Leistungen einher, wo diese nur defizitär aufrecht zu erhalten sind – etwa aufgrund einer geringeren Auslastung. Für ländliche Räume trifft dies insbesondere auf Mobilitätsangebote, aber auch auf freiwillige kulturelle und soziale Leistungen der Kommunen zu.

Community als Ergebnis eines »anti-etatistischen Impulses« (vgl. Metz/Seßlen 2018) wurde somit durch die neoliberale Restrukturierung im ausgehenden 20. Jahrhundert antizipiert und überformt. Insbesondere in Europa und Nordamerika kam im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine strenge Sparpolitik als bevorzugte Krisenlösungsstrategie dazu, sodass nicht regulär entlohnte Arbeit durch die Gemeinschaft nunmehr, notdürftig über Projektmittel unterstützt oder komplett unabhängig von staatlichen Zuwendungen, als Lückenbüßer für wegbrechende Versorgungssysteme erhalten muss.

4. Ein radikaler Reformismus für eine neue Raumplanung

Die Raumplanung nach 1945 lässt sich zusammenfassend als Doppelbewegung begreifen: Im Fordismus der Nachkriegszeit war diese geprägt durch einen auf sozialen Ausgleich ausgerichteten Staat, der das freie Spiel der Marktkräfte reglementierte und mittels Besteuerung einen Wohlfahrtsstaat aufbaute. Die regulativen Kompetenzen des

Staates waren in dieser Phase der Planungseuphorie deutlich ausgeprägt, wurden aber zunehmend als oktroyiert und bevormundend gegenüber der Bevölkerung aufgefasst. Demgegenüber steht im Postfordismus ein auf Deregulierung und Liberalisierung der Märkte sowie ehemaliger Hoheitsbereiche des Staates zielendes schwaches Staatsverständnis, dessen Prämissen sich von der sozialen Integration der Bevölkerung hin zur Aktivierung von Individuen wandelte. Dies hatte zur Folge, dass die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Kompensation wegbrechender Elemente des Sozialstaats protegiert wurde. Für eine Utopie im Sinne der angeführten Rekombination bestehender Elemente (vgl. Adamczak 2018: 102) gilt es daher, das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in planungsbezogenen Prozessen neu zu vermessen und auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart hin auszurichten. Dafür schlägt der Beitrag als Utopie für die Raumplanung die Verbindung einer starken Regulation ökonomischer Zusammenhänge mit einem hohen Repräsentations- und Partizipationsgrad in der Bevölkerung, ohne deren unentgeltliche Arbeitskraft auszubeuten, vor.

Die Hoffnung ist nicht unbegründet, dass die Gelegenheit für diese Neuverhandlung der politischen Sphäre, in deren regulativen Rahmen sich die Raumordnung bewegt, aktuell gegeben ist: Die vergangenen anderthalb Jahrzehnte sind geprägt durch eine enge Abfolge von Krisen mit gravierenden ökonomischen und sozialen Folgen: Auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und die daraus hervorgehende Staatsschuldenkrise folgte wenige Jahre später die Krise im Zuge der Covid-19-Pandemie und eine Energie- und Inflationskrise durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Durch diese multiple Krise, verstanden als eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im Finanzmarktkapitalismus (vgl. Demirović et al. 2011: 13), erhält der neoliberale historische Block Risse. Durch diese Hegemoniekrise öffnet sich das Möglichkeitsfenster für alternative Krisendeutungen und politische Aktionen, die erste Schritte auf dem Weg hin zur Utopie bereiten.

Der nachfolgende Entwurf für eine Utopie zukünftiger Raumplanung folgt einer prozessualen Logik, deren Leitplanken sich aus der angeführten Doppelbewegung der Planung nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben. Dies umfasst zum einen eine stärkere Gestaltungskraft und Verbindlichkeit der Raumplanung, also eine Abkehr von der Idee regionaler Wachstumspole hin zu einer Planungspolitik, die Maßgaben für eine transformative Strukturpolitik unter sozialökologischen Vorzeichen setzt. Aspekte dessen sind etwa die Stärkung planerischer Instrumente des räumlichen Ausgleichs, der Ausbau sozialer Infrastruktur (vgl. Dudek/Zademach/Miosga 2023) und die Formulierung raumordnerischer Anforderungen zur regionalen Umsetzung von Transformationszielen.

Zum anderen hat diese Utopie den Anspruch, die verschüttet gegangenen emanzipatorischen Anliegen politischer Partizipation zu heben und zu stärken. Konkret kann dies gelingen, indem die Rolle der Zivilgesellschaft als Expert*innen des Alltagslebens, die um die lokalen Herausforderungen und Eigenlogiken wissen, nicht zur Kompensation wegbrechender Sozialleistungen ausgenutzt wird. Stattdessen sollen Bürger*innen dieses Wissen in politische Prozesse einbringen und an Entscheidungen über die Ausstattung öffentlicher Leistungen beteiligt werden.

Zentraler Bezugspunkt für ein prozessuales Verständnis des Utopischen ist das Konzept des radikalen Reformismus, das ein Autor*innenkollektiv um Joachim Hirsch (Hirsch/Brüchert/Krampe 2013) im Zusammenhang mit konkreten Überlegungen zur sozialen Infrastruktur einführte. Das Konzept des radikalen Reformismus – »Reformismus« deshalb, weil es nicht um revolutionäre Machtergreifung geht, »radikal«, weil auf die gesellschaftlichen Beziehungen gezielt wird, die die dominanten Macht- und Herrschaftsverhältnisse hervorbringen« (Hirsch 2007: 182) – basiert auf der Auffassung, dass sich die Legitimation von Herrschaft auch aus dem Alltagsbewusstsein der Zivilgesellschaft nährt. Entsprechend erkennt Hirsch sowohl im Staat als auch in der Zivilgesellschaft Ansatzpunkte für einen Radikalen Reformismus.

In der Zivilgesellschaft sind die alltäglichen Praktiken, also Konsumformen und Arbeitsweise, aber auch Wertvorstellungen und bürgerschaftliches Selbstverständnis, Ansatzpunkt für die Umgestaltung politischer Strukturen. Sie bilden das Potenzial für die gemeinschaftliche Organisation und Mobilisierung auf lokaler Ebene. Dies kann die Entstehung des politischen Willens zur Durchführung von Reformen begünstigen.

Analog können diese Veränderungen nicht allein auf der zivilgesellschaftlichen Ebene verharren, sondern müssen auch den Staat im engeren Sinne adressieren, der »er kämpfte soziale Kompromisse und Rechte kodifiziert und garantiert« (Hirsch 2005: 232). Das umfasst mit Blick auf die räumliche Organisation auch die Finanzausstattung der Kommunen und die dafür notwendige Regulation räumlicher Disparitäten.

Wie die Umsetzung des radikalen Reformismus konkret aussehen kann, veranschaulicht Hirsch am Beispiel der sozialen Infrastruktur. Ausgehend vom politischen Ziel, »den Bereich nicht warenförmiger Formen des Lebens und des Konsums auszu dehnen« und »die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen etwa in der Gesundheitsversorgung, dem Personentransport, beim Wohnen, in der Pflege und der Bildung systematisch auszubauen« (Hirsch 2005: 236) ergeben sich für die Zivilgesellschaft zentrale Forderungen, die in der politischen Kommunikation der Anliegen einem klaren Programm folgen (Dekommodifizierung, Ausbau von öffentlichen Leistungen). Radikaler Reformismus kann in diesem Sinne als Realutopie aufgefasst werden, als Vorschlag »einmal ganz anders über die Gesellschaft, über die Entwicklung neuer Formen der Vergesellschaftung und über veränderte gesellschaftliche Institutionen nachzudenken« (Hirsch 2003: 1).

Was bedeutet das nun für die Organisation öffentlicher Leistungen durch die Raumplanung? Ein Umdenken könnte etwa darin bestehen, die Bereitstellung öffentlicher Leistungen von Fragen der Rentabilität zu entkoppeln, die gerade in Räumen mit geringer Siedlungsdichte zur Ausdünnung dringend benötigter Dienste und dem zunehmenden Einsatz ehrenamtlicher Notbehelfe führt. An die Stelle kommunaler Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltsdisziplin würden die Alltagserfahrungen und Bedürfnisse der Zivilgesellschaft als Leitmotiv für die raumplanerische Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips treten.

Die Foren zur Artikulation dieser Bedürfnisse müssen dabei nicht unabhängig vom Staat organisiert sein. Vielmehr geht es darum, die angeführte Rolle der Zivilgesellschaft als Expert*innen für das Alltagsleben vor Ort staatlicherseits einzufordern und als direktdemokratische Entscheidungsprozesse ergänzend zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie zu etablieren. Den letztgenannten, klassischen demokratischen

Instanzen käme wiederum die Aufgabe zu, auf eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Ausgestaltung öffentlicher Leistungen im Sinne ihrer Bürger*innen zu sichern.

5. Utopien der Planung und Partizipation

Die Überlegungen zum radikalen Reformismus bereichern insbesondere in zwei Punkten das utopische Projekt dieses Beitrags. Zum einen eröffnet das Konzept eine prozessuale Perspektive auf die Umsetzung einer Utopie zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung. Das bedeutet, dass die Utopie zunächst in erster Linie sinnstiftend und -leitend für die Durchsetzung emanzipativer Inhalte in der Planung wirkt, indem sie aktuellen Partizipationsformanten ein positives Pendant gegenüberstellt. Mit anderen Worten: Sie öffnet den Diskursraum wieder für alternative Problemdeutungen und Lösungsansätze. In Bezug auf die planerische Ausgestaltung öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge könnte dies etwa bedeuten, jenseits der diskutierten historischen Ausprägungen eines dirigistischen Wohlfahrtsstaats und dem aktivierenden Rückbau staatlicher Leistungen darüber nachzudenken, welche Auswirkung die Dekommodifizierung grundlegender Lebensbereiche auf die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft hätte. Würden öffentliche Leistungen ihren warenförmigen Charakter verlieren, wären insbesondere ländliche Räume nicht mehr mit dem Problem reduzierter, da unrentabler, Daseinsvorsorgeeinrichtungen konfrontiert. Bürgerschaftliches Engagement würde aller Voraussicht nach deswegen nicht wegfallen, sondern könnte auf andere Weise das Gemeinschaftsleben bereichern.

Zum anderen zeigt der radikale Reformismus auf, dass sowohl die Zivilgesellschaft als auch der Staat im engeren Sinne Ansatzpunkte für ein verändertes, progressives Planungsverständnis sind. Er hebt sich damit von der Planungskritik des westlichen Marxismus ab, und betont, dass die emanzipativen Erfolge der Zivilgesellschaft nur dann für breitere Gesellschaftsschichten eine Verbesserung bedeuten, wenn sie durch staatliche Strukturen gesichert sind. Ausgangspunkt für den prozesshaften Utopiebegriff bleibt jedoch die Zivilgesellschaft.

Für das Ziel des Beitrags, eine progressive Idee der Organisation öffentlicher Leistungen der Daseinsvorsorge durch die Raumplanung mit einem hohen Partizipationsniveau zu verbinden, bedeutet die prozesshafte Perspektive des radikalen Reformismus das Bohren dicker Bretter. Zugleich lassen sich damit aber erste Ansätze identifizieren, wie eine starke planerische Verbindlichkeit mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Partizipationsniveau umgesetzt werden kann. Ein solches Planungsverständnis überwindet die Defizite vergangener Planungsparadigmen und kann eine bedeutende Rolle für die zukünftige Ausgestaltung öffentlicher Leistungen im Rahmen der sozialökologischen Transformation einnehmen.

Literatur

- Adamczak, Bini (2018): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Belina, Bernd (2022): »Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 49–65.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2002): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (2002): »Cities and the geographies of ›actually existing neoliberalism‹«, in: *Antipode* 34(3), 349–379.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA.
- Demirović, Alex (2013): »Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung«, in: *PROKLA* 43(171), S. 193–215.
- Dudek, Simon/Zademach, Hans-Martin/Miosga, Manfred (2023): »Daseinsvorsorge und räumliche Gerechtigkeit in der bayerischen Raumordnungspolitik: Betrachtungen im Licht des Ansatzes der Fundamentalökonomie«, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Online First, S. 1–11.
- Elbe, Ingo (2008): *Marx im Westen: Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Felsch, Philipp (2022): *Ballade von der verwalteten Welt*. <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/ballade-von-der-verwalteten-welt-4907> vom 05.07.2023.
- Fisher, Mark (2009): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift*. Hamburg: VSA.
- Fisher, Mark (2020a): *Postcapitalist Desire. The Final Lectures*. London: Watkins.
- Fisher, Mark (2020b): *k-punk. Ausgewählte Schriften 2004–2016*. Berlin: Edition Tiamat.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio: *Empire. Globalization as a New Roman Order, Awaiting its Early Christians*. Harvard: Harvard University Press.
- Hesse, Markus/Leick, Annick (2013): »Wachstum, Innovation, Metropolregionen. Zur Rekonstruktion des jüngeren Leitbildwandels in der deutschen Raumentwicklungspolitik«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 71(4), S. 343–359.
- Hirsch, Joachim (2003): *Eine andere Gesellschaft ist nötig: Zum Konzept einer Sozialpolitik als soziale Infrastruktur*. http://old.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_sozialpolitik.html vom 29.09.23.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim (2007): »Radikaler Reformismus«, in: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Stefan Thimmel (Hg.): *ABC der Alternativen*. Hamburg: VSA, S. 182–183.
- Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Eva-Maria (2013): *Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur*. Hamburg: VSA.

- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Hanser.
- Horkheimer, Max (1967): *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2009) [1969]: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hülst, Dirk (1998): »Nicht bei sich selber zu Hause sein« Horkheimer und Adorno über Macht und Herrschaft«, in: Peter Imbusch (Hg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 109–129.
- Jessop, Bob (2000): »From the KWNS to the SWPR«, in: Gail Lewis/Sharon Gerwitz/John Clarke (Hg.): *Rethinking Social Policy*. London: SAGE, S. 171–184.
- Jessop, Bob (2016): *The State. Past, Present, Future*. Cambridge: John Wiley & Sons.
- Mende, Silke (2018): »Ausstieg aus der Megamaschine? Planungskritik in den Neuen Sozialen Bewegungen«, in: Dierk Hoffmann/Elke Seefried (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft*. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 198–213.
- Metz, Markus/Seefßen, Georg (2018): *Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels*. Berlin: Beltz & Fischer.
- Mießner, Michael (2017): *Staat – Raum – Ordnung. Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten. (= Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 25)*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Münnich, Sascha (2021): »Luc Boltanski und Eve Chiapello: Der Neue Geist des Kapitalismus«, in: Klaus Kraemer/Florian Brugger (Hg.): *Schlüsselwerke der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 431–438.
- Neupert-Doppler, Alexander (2019): »Zurück in die Zukunft? Neues vom Nirgendwo. Die 2010er-Jahre sind ein Jahrzehnt der Suche nach Utopien«, in: Roger Behrens/Jonas Engelmann/Frank Apunkt Schneider/Laura Schwinger/Anna Seidel/Jana Sotzko/Holger Adam/Johannes Ullmaier/Christian Werthschulte (Hg.): *Testcard #26: Utopien*. Mainz: Ventil, S. 18–28.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): »Neoliberalizing space«, in: *Antipode* 34(3), S. 380–404.
- Rose, Nikolas (1996): »The death of the social? Re-figuring the territory of government«, in: *Economy & Society* 25(3), S. 327–356.
- Ross, Kristin (2023): *The Politics and Poetics of Everyday Life*. London/New York: Verso.
- Van Dyk, Silke/Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg: Hamburger Edition HIS.

